

## Karl-Heinz Reuband

### Demoskopische Verwirrungen in der Nachrüstungsfrage:

#### Was halten die Bundesbürger vom Nachrüstungsbeschluß?

##### *1. Widersprüchliche Befunde zur Nachrüstungsgegnerschaft*

Daß es nicht anginge, wenn sich Minderheiten über Mehrheiten hinwegsetzen würden, das war vor nicht allzu langer Zeit von Regierungspolitikern und Kommentatoren verschiedener Medien wiederholt zu hören. Gemeint waren durchweg die Nachrüstungsgegner — sie wären es, die ihre Minderheitspositionen hochstilisierten und über die Köpfe der Mehrheit hinweg durchzusetzen versuchten. Inzwischen ist es still um diese Frage geworden. Es schweigen jene, die die Mehrheitsmeinung zum Maßstab ihrer Beurteilung machten und so glaubten, die Nachrüstungsgegner zum Verstummen zu bringen. Würden sie noch immer dieses Kriterium hochhalten, so müßten sie nämlich nunmehr die Befürworter der Nachrüstung diesem Diktum unterwerfen und damit allzu oft ihre eigene Position in dieser Frage revidieren. Zu viele Meinungsumfragen haben in letzter Zeit deutlich gemacht, wie wenig der NATO-Nachrüstungsbeschluß in der Öffentlichkeit auf Beifall trifft, wie wenig die Nachrüstungsgegner als bloße Minderheit abgetan werden können.

Daß sie selbst nicht die Minderheit, sondern die Mehrzahl der Bevölkerung repräsentieren, das Gefühl kennzeichnet inzwischen mehr und mehr die Nachrüstungsgegner, nicht mehr so sehr die Nachrüftungsbefürworter<sup>1</sup>. Zahlen werden in diesem Zusammenhang zitiert, die fast schon einen magischen Charakter erhalten haben: etwa, wenn auf einen Anteil von 75% der Bevölkerung verwiesen wird, der (einer Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen zufolge) gegen die Nachrüstung eingestellt ist. Doch auch, wenn einigermaßen klar ist, welche Position eher in der Öffentlichkeit auf Unterstützung trifft — die Umfragezahlen für Gegnerschaft und Befürwortung sind weniger eindeutig und konsistent als es vielen Beobachtern scheint. Wer als aufmerksamer Zeitungsleser verfolgt, welche Zahlen als neueste Momentaufnahme der Nachrüstungsgegnerschaft gehandelt werden, kommt schließlich am Zustand der heillosen Verwirrung nicht vorbei: die Angaben unterscheiden sich von Umfrage zu Umfrage, und die Variationen sind erheblich. So geben sich z.B. in einer neueren Umfrage des »Stern« nur die Hälfte — und nicht die vielbeschworenen drei Viertel — als Nachrüstungsgegner zu erkennen.

Je mehr Umfragen publiziert werden, desto mehr unterschiedliche Befunde werden sichtbar und desto größer muß die Verwirrung werden. Doch nirgends sind bislang Widersprüche derart stark und schlaglichtartig zutage getreten als im September 1983, als zwei — vom *gleichen* Institut, aber für unterschiedliche Auftraggeber durchgeführte — Umfragen mal eine absolute Mehrheit *gegen* und mal eine absolute Mehrheit *für* neue Raketen erbrachten. Waren in der einen Umfrage 66% gegen neue Raketen, so waren in der anderen Umfrage fast genauso viele — 58% — für neue Raketen. Besonders diese beiden, lediglich eine Woche voneinander getrennt durchgeführten Umfragen mit konträren Befunden haben in der Öffentlichkeit deutlich werden lassen, daß es — neben dem möglichen Einfluß aktueller Ereignisse — offenbar auf die Frageformulierung mit ankommt. In den Medien hat man sich zumeist mit diesem Hinweis zufrieden gegeben und damit eine Gleichgewichtigkeit beider Umfragen suggeriert. Von vielen ist das als Zeichen dafür gewertet worden, daß — realistisch gedeutet — Nachrüstungsgegner und Nachrüstkungsbefürworter wohl zahlenmäßig einander die Waage halten<sup>2</sup>. Doch die vorhandenen Umfragen sind nicht als gleichgewichtig zu betrachten. Sie unterscheiden sich in der Konstruktion der Frage und sind jeweils unterschiedlich zu werten. Dies ist an sich banal, hat aber entscheidende Implikationen: Will man Umfragen angemessen interpretieren, so kommt man nicht mehr umhin, methodische Probleme bei der Fragekonstruktion mitzubedenken.

Daß Frageformulierungen Effekte auf das Antwortmuster ausüben können, ist an sich eine alte Erkenntnis der Umfrageforschung<sup>3</sup>. In der Öffentlichkeit wird dieser Tatsache zumeist nicht Rechnung getragen. Wenn Umfrageergebnisse zitiert werden, dann jeweils nur die Prozentzahlen, nicht die dazugehörigen Frageformulierungen. Widersprüchliche Befunde verschiedener Umfragen zum gleichen Thema — wie im Falle der Nachrüstungsthematik — fallen gleichwohl in der Regel nicht auf, die Problematisierung der Befunde unterbleibt. Dies hat mehrere Gründe: (1) zum gleichen Sachverhalt werden in etwa zur gleichen Zeit üblicherweise nicht mehrere Umfragen durch verschiedene Institute durchgeführt. Die Chance, daß widersprüchliche Befunde auftreten und aufgrund der zeitlichen Nähe der Umfragen als solche wahrgenommen werden, ist gering. (2) Auch wenn es für die gleiche Zeit mehrere Umfragen zum gleichen Sachverhalt gibt, braucht sich öffentliche Sichtbarkeit nicht einzustellen. Die Chance, in den Medien rezipiert zu werden, haben zumeist nur besonders aktuelle Themen. Die Nachrüstkungskontroverse bildet in diesem Zusammenhang eine Ausnahme. (3) Selbst wenn unterschiedliche Frageformulierungen benutzt werden, müssen nicht notwendigerweise größere Effekte auf der Ebene der Antwortverteilung auftreten. In den meisten Fällen sind die Unterschiede gering. Nur bei einigen Themen treten größere, mitunter dramatische Unterschiede zutage.

Wo immer es nun aber zu größeren Diskrepanzen zwischen Umfragebefunden kommt, da ist der Vorwurf nicht fern, Umfragen wären nun einmal kein brauchbares Instrumentarium, um soziale Tatbestände und Meinungen zu erheben. Umfrageergebnisse wären ein relativ willkürliches Produkt, das durch eine Reihe von Zufälligkeiten und Trivialitäten stärker bestimmt wird als durch wahre Meinungsverhältnisse. Derartige Wertungen

sind zu vorschnell und einfach: die Umfrageforschung ist ein sensibles Instrumentarium, das sehr wohl soziale Realitäten zu erfassen vermag. Und solange man sich der methodischen Grundlagen bewußt ist und etwaige Störeinflüsse kontrolliert — sei es in der Anlage der Untersuchung oder der Interpretation der Daten —, so lange kann man zu gültigen Aussagen gelangen<sup>4</sup>. Was als Widerspruch erscheint, ist bei näherem Hinsehen oft gar kein substantieller Widerspruch, weil gänzlich andere Dinge erfragt werden. Die angesprochene Thematik mag die gleiche sein, der erfragte Aspekt ist je nach Umfrage verschieden. Dies gilt auch für die vielen Unterschiede und Widersprüche, die in Umfragen bei der Nachrüstungsthematik sichtbar werden.

Im folgenden soll eine Bestandsaufnahme der vorliegenden Umfragen zur Nachrüstung vorgenommen werden, die gleichermaßen die Variationsbreite der Meinungen als auch die methodischen Probleme deutlich zu machen versucht. Dabei ist es notwendig, zum Teil recht ausführlich und detailliert die Unterschiede in den Frageformulierungen darzustellen und auf mögliche Effekte hin zu diskutieren. Dies ist um so notwendiger, als mit Umfragen der Versuch unternommen wurde, öffentliche Meinungsbildung mit zu beeinflussen. Es geht uns darum, die ungefähren Meinungsverhältnisse näher einzugrenzen und Fehlinterpretationen von Umfragedaten — ggfs. gar die suggestive Verwendung von Umfragen — deutlich zu machen. Insofern ist die Arbeit nicht bloß ein Beitrag zu einer aktuellen Thematik, sondern auch ein Lehrstück in Sachen Umfrageforschung allgemein — ein Versuch, das kritische Bewußtsein für die Probleme von Umfragen zu schärfen und Überinterpretationen zu verhindern.

## *2. Einstellung zum NATO-Doppelbeschluß*

Die längste vergleichbare Zeitreihe, die zur Beurteilung der Bevölkerungsmeinung zur Nachrüstungsfrage zur Verfügung steht, ist zugleich diejenige mit der geringsten Zahl von Gegnern des NATO-Doppelbeschlusses. Seit 1981 haben sowohl EMNID für den »Spiegel« als auch das »Allensbacher Institut für Demoskopie« gefragt, was die Bundesbürger vom Doppelbeschluß halten (vgl. Anhang); Allensbach z.B. mit der Frage: »Seit einiger Zeit gibt es den sogenannten Nato-Doppelbeschluß. Darin haben die Nato-Länder einerseits vereinbart, als Gegengewicht zu den sowjetischen Mittelstreckenraketen selbst entsprechende Raketen in Mitteleuropa zu stationieren und andererseits mit der Sowjetunion Verhandlungen über den Abbau der Rüstungen zu beginnen. Finden Sie diesen Doppelbeschluß alles in allem gut oder nicht gut?« Die Werte für Gegnerschaft überschritten die 25-Prozentmarke in diesen Erhebungen in der Regel nicht; wohl aber der Wert für die Befürworter —, in einer neueren Umfrage des »Allensbacher Instituts« vom August 1983 in doppelt so starkem Maße. Man hat dies immer wieder als eindrucksvolle Akzeptanz der Nachrüstung bewertet.

Die Bejahung des Doppelbeschlusses mit der Bejahung der Nachrüstung gleichzusetzen, ist im vorliegenden Falle jedoch höchst fragwürdig: Sowohl in den Umfragen für den »Spiegel« als auch in denen des »Instituts für Demoskopie« wird die Beurteilung

beider Teile des Doppelbeschlusses — Nachrüstung *und* Verhandeln — gleichzeitig erfaßt. Wer für den Verhandlungsteil, aber gegen neue Raketen ist, der kommt dadurch in ein Dilemma. Manch einer wird sich für den Doppelbeschluß aussprechen, weil er besonders an den Verhandlungsteil des Beschlusses denkt, nicht den Stationierungsteil. Und dies muß um so mehr gelten, als in der Vergangenheit von deutschen Regierungspolitikern der SPD/FDP-Koalition immer wieder im Verhandlungsteil der spezifische europäische Beitrag zum Doppelbeschluß betont wurde.

Fragen, die zwei verschiedene Dimensionen erfragen, lassen sich auf eine Dimension hin nicht auswerten und sind methodisch unbrauchbar. Dies gilt auch für Trenduntersuchungen: denn wenn sich bei derartigen Fragen ein Wandel abbildet, weiß man nicht, welche Dimension davon am stärksten betroffen ist. So ist z.B. eine zunehmende Ablehnung des Doppelbeschlusses allein deswegen denkbar, weil mit der Frage immer mehr der Nachrüstungsteil und immer weniger der Verhandlungsteil assoziiert wird. Nicht realer Einstellungswandel, sondern eine andere Wahrnehmung der Frageformulierung wäre Ursache der Veränderung.

Der Vergleich beider Umfrageserien — die von »EMNID« für den »Spiegel« und die des »Instituts für Demoskopie« — offenbart zugleich als wichtigen Befund: für das Antwortmuster macht es einen Unterschied, in welcher Weise man die Frage- und Antwortkategorien vorgibt. Bei den »Spiegel«-Untersuchungen wird die Möglichkeit, keine Meinung zu haben oder der Frage gleichgültig gegenüberzustehen, dem Befragten als legitime Antwortkategorie (auf einer Liste) vorgegeben. In der Umfrage des Allensbacher Instituts dagegen wird eine Unentschlossenheit des Befragten zwar ebenfalls als eine legitime Antwort gesehen — doch dies geschieht nicht durch entsprechende Vorgabe dem Befragten gegenüber, sondern schlägt sich nur als Antwortkategorie im Fragebogen nieder. Dies hat entscheidende Vorteile: der Befragte hat weniger Gelegenheit, seine eigene Meinung hinter der Kategorie der Meinungslosigkeit zu verbergen. Wo man ihm die Meinungslosigkeit von vornherein vorgibt und bewußt macht, bietet sie nämlich oft eine willkommene Gelegenheit, sich der Stellungnahme zu enthalten. Die Folgen dieses unterschiedlichen Vorgehens sind gravierend: während z.B. im Herbst 1981 in den »Spiegel«-Umfragen um die 40% der Befragten keine Meinung haben oder sich selbst als gleichgültig bezeichnen, beträgt der Kreis der Unentschlossenen bei den »Allensbacher« Umfragen weniger als 30%<sup>5</sup>.

### *3. Einstellung zur Nachrüstung in Europa*

Die längsten Zeitreihen mit identischer Methodologie beziehen sich auf die Beurteilung des NATO-Doppelbeschlusses, die älteste Umfrage mit Fragen zum Stationierungsteil reicht dagegen weiter zurück — sie wurde im November 1979 durchgeführt, kurz bevor es zum Nachrüstungsbeschluß kam: Die NATO plane, amerikanische Mittelstreckenraketen in den europäischen Mitgliedsländern zu stationieren, um ein Gegengewicht zu

russischen Mittelstreckenraketen zu schaffen. 38% fanden das damals gut, 34% nicht gut. Der Rest war unentschieden oder hatte keine Meinung dazu<sup>6</sup>.

Charakteristisch für diese Frage ist es, daß ausschließlich die Einstellung zum Nachrüstungsteil erfaßt wird, das Problem einer mehrdimensionalen Fragestellung also vermieden wird. Ähnlich wie in der zuvor zitierten Umfrage wird als Stationierungsort *Europa*, nicht die Bundesrepublik angesprochen. Dies ist keineswegs belanglos: manch einer wird die Stationierung neuer Atomraketen als Gegengewicht zu sowjetischen Raketen in Europa gutheißen, eine Stationierung auf deutschem Boden jedoch ablehnen. Die Gründe dafür mögen unterschiedlichster Art sein: angefangen von der Vorstellung, die Bundesrepublik hätte bereits die größte Atomwaffendichte und andere Länder sollten die Last ebenfalls mittragen bis hin zur Angst vor einem Gegenschlag durch sowjetische Raketen.

Die Ende 1979 gestellte Frage scheint in dieser oder leicht abgewandelten Weise nicht mehr wiederholt (bzw. nicht publiziert) worden zu sein. Eine ähnliche — wenn auch nicht identische — Frage aus neuerer Zeit (Januar 1983) stammt vom »EMNID-Institut« (für »Newsweek«). Auch hier gibt es *keinen* expliziten Bezug zur Bundesrepublik als Stationierungsland: »Wenn sich die USA und die Sowjetunion nicht bis Ende 1983 auf eine Begrenzung von Atomwaffen einigen können: sollte die NATO dann bei ihrem Plan bleiben, Pershing II und Cruises Missiles aufzustellen?« Fast genauso viele wie im Dezember 1979 sprachen sich mit rund 37% für neue Raketen aus, 35% dagegen, 28% waren unentschieden<sup>7</sup>. Dies ist bemerkenswert — es könnte bedeuten, daß trotz der wachsenden Proteste gegen die Nachrüstung in dieser Zeit die Meinung der Bevölkerung sich nicht wandelte, lediglich die Bereitschaft zum Protest. Doch weil die Frage nicht mit der aus früheren Jahren völlig identisch ist, sind störende Einflüsse auf das Antwortmuster nicht auszuschließen: die Umfragen unterscheiden sich in einigen Elementen der Fragekonstruktion. Und diese Unterschiede sind, weil sie zugleich methodischen Anforderungen nicht gerecht werden, potentiell von größerer Bedeutung.

Zwei Probleme sind mit der Frage verbunden: zum einen wird einseitig formuliert, die Aufstellung wird angesprochen, die Alternative »oder nichtaufstellen« fehlt. Dies ist bei auskristallisierten Einstellungen weniger wichtig; bei Einstellungen, die im Fluß sind, kann dies freilich einen suggestiven Einfluß bedeuten — hier zugunsten der Nachrüstung. Die methodischen Standards in der Umfrageforschung fordern deshalb im allgemeinen eine explizite Ausformulierung von Alternativen. Das zweite methodische, möglicherweise gewichtigere Problem besteht in der Begriffsverwendung. Gesprochen wird in der Terminologie der Experten von »Pershing II Raketen« und »Cruise Missiles«. Daß es sich dabei um atomare Raketen handelt, dürfte — selbst Leuten, die von neuen, aufzustellenden Atomraketen wissen — nicht unbedingt geläufig sein: Sprache der Fachleute (auch der Elitemedien) und Sprache des Alltags sind nicht immer identisch. Mancher Befragte wird wenig über die Medien über die geplante Nachrüstung vernommen haben, wohl aber in Gesprächen mit Freunden, Kollegen und Bekannten — und hier dürfte eher von atomaren Mittelstreckenraketen oder Atomraketen die Rede sein. Solange der Alltagssprachgebrauch nicht in die Frageformulierung eingeht und dem einzelnen bei der

Beantwortung nur der Hinweis auf die offizielle Planung der (bekannt und positiv besetzten) NATO bleibt, wird er sich primär daran ausrichten und eine (Pseudo)unterstützung der Nachrüstung verbalisieren.

#### 4. Einstellung zur Nachrüstung in der Bundesrepublik: Stationieren und Verhandeln?

Von den Umfragen, die sich sowohl auf die Bundesrepublik als Stationierungsort beziehen und statt in Typenbezeichnungen von atomaren Mittelstreckenraketen, Mittelstreckenraketen oder schlichtweg von Raketen sprechen, sind die der Forschungsgruppe Wahlen die bekanntesten<sup>8</sup>. Es sind die Umfragen, die bis vor kurzem konsistent für Nachrüstungsgegnerschaft Werte über 70% erbrachten und auch verantwortlich sind für die vielzitierten 75% Nachrüstungsgegnerschaft. »In Genf führen die Sowjetunion und die USA derzeit Abrüstungsverhandlungen über Mittelstreckenraketen. Wenn diese Verhandlungen bis zum Herbst dieses Jahres zu keiner Einigung führen, was sollte dann geschehen?« Als Antwortmöglichkeiten auf einer Liste wurden vorgegeben: (A) Weiter über Abrüstung verhandeln und keine neuen Raketen in der Bundesrepublik, (B) Weiter über Abrüstung verhandeln, aber gleichzeitig neue Raketen aufstellen, (C) Abrüstungsverhandlungen abbrechen und neue Raketen in der Bundesrepublik aufstellen. Noch im Juli 1983 vertraten 76% die erste Meinung, 20% waren für die Kombination von Verhandeln und Nachrüstung und lediglich 3% für Abbruch der Verhandlungen und Nachrüstung. Im September war der Anteil der Nachrüstungsgegner auf 65% gesunken, 31% waren nun für Verhandeln und Nachrüstung. Die Quote derer, die keine weiteren Verhandlungen mehr wollten, blieb dagegen konstant.

Nachrüstungsgegnerschaft um die 75% selbst noch im September 1983 erbringt demgegenüber eine ähnliche Umfrage des SINUS Instituts im Auftrage der Friedrich-Ebert-Stiftung. Als Antwortvorgaben standen sinngemäß die gleichen Kategorien zur Auswahl wie bei der Forschungsgruppe Wahlen. Die erste Antwortkategorie betont allerdings stärker als in der Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen die Vorläufigkeit der Nachrüstungsgegnerschaft: »Die Amerikaner und Russen sollten *weiter verhandeln*, und die Bundesregierung sollte von den Amerikanern verlangen, daß sie ihre neuen Raketen *noch nicht* bei uns *aufstellt*«. 74% sprachen sich hierfür aus, 22% für die Kombination von Verhandeln und Nachrüstung, 3% für eine Nachrüstung bei Verzicht auf weitere Verhandlungen.

Verwandt, aber in den Antwortkategorien noch mehr verschieden sind neuere Umfragen des INFAS-Instituts<sup>9</sup>. Daß »vorläufig nicht stationiert werden und in Genf weiterverhandelt werden sollte«, meinten 29% (nach Listenvorlage), weitere 29% »es sollte ganz auf die Stationierung neuer Raketen in der Bundesrepublik verzichtet werden« — zusammen also 58% *gegen* eine Stationierung zum gegenwärtigen Zeitpunkt. Würde man zum Teil die Meinungslosen und zum Teil die Befürworter einer *Teilstationierung* mit einbeziehen (»Es sollte eine Teilstationierung erfolgen, aber trotzdem in Genf weiterver-

handelt werden«: 15%, »keine Angabe«: 13%), so käme man auf Werte, die in etwa denen der Forschungsgruppe Wahlen und des SINUS Instituts entsprechen. Meinungslose mit einzubeziehen, ist dabei in diesem Zusammenhang deshalb notwendig, weil sowohl die Forschungsgruppe Wahlen und SINUS durch hartnäckiges Nachfragen Meinungslosigkeit im Interview praktisch auf Null drücken. Will man eine ungefähre Vergleichbarkeit, so muß dies bedacht werden.

14% bejahten die Stationierung: »Es sollten dann in der Bundesrepublik — wie im NATO-Doppelbeschluß vorgesehen — neue Mittelstreckenraketen stationiert werden.« Dies ist eine höhere Quote als in den anderen beiden Umfragen. Dort waren es 3% und weniger der Befragten gewesen. Bei näherer Betrachtung der Antwortkategorien macht das durchaus einen Sinn: während bei der Forschungsgruppe Wahlen und SINUS die Stationierung explizit mit einem Abbruch der Verhandlungen gekoppelt ist, wird der Abbruch bei INFAS nicht erwähnt. Der Befragte kann sich durchaus bei einer Bejahung noch im Glauben wiegen, daß die Verhandlungen nicht gänzlich abgebrochen werden. Sich für neue Raketen *und* Abbruch der Beziehungen auszusprechen, wäre eine zu radikale Abkehr von einem Bemühen um Abrüstung, als daß sich viele für diese Position entscheiden könnten.

Danach fragen, wie Stationierungs- und Verhandlungsteil bei Scheitern der Genfer Verhandlungen nach eigener Ansicht miteinander kombiniert werden sollten, ist eine Sache. Eine andere ist, welche Einstellung gegenüber dem offiziellen Stationierungsfahrplan einzunehmen ist, demgemäß bei Scheitern der Verhandlungen der Stationierungsteil zu folgen hat. Daß auch nach der Stationierung offiziell und kontinuierlich weiterverhandelt werden könnte, war niemals offizielles Programm der Supermächte. Insofern ist die Frage, die *beide* Elemente des Doppelbeschlusses auch auf die Zeit *nach* Scheitern der Genfer Verhandlungen fortschreibt, nicht sonderlich realistisch. Sie ist vor allem aber auch problematisch, weil sie keine Aussage für den Fall eines endgültigen Scheiterns *aller* Verhandlungsbemühungen erlaubt. Wer sich in der Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen, von SINUS oder INFAS für Verhandeln *und* gleichzeitig gegen eine Stationierung ausspricht, kann sehr wohl eine Stationierung zu einem späteren Zeitpunkt für akzeptabel halten. Er plädiert vielleicht nur für ein Moratorium. Insofern ist die hier ausgewiesene Nachrüstungsgegnerschaft keine prinzipielle Gegnerschaft.

##### 5. *Einstellung zur Nachrüstung in der Bundesrepublik: Stationieren oder Nichtstationieren?*

Was glaubt die Bevölkerung, wenn die Möglichkeit des Weiterverhandelns nicht mehr gegeben ist und nur noch die Stationierung ansteht? Ist man dann für oder gegen die Stationierung auf dem Boden der Bundesrepublik? »Wenn es in Genf zu keiner Einigung kommt und die Sowjetunion ihre SS-20-Raketen auf Europa gerichtet stehen läßt: sollen dann in der Bundesrepublik die neuen Pershing-II-Raketen und Marschflugkörper aufgestellt werden, wie es der NATO-Doppelbeschluß vorsieht, oder sollten sie nach

Ihrer Ansicht nicht aufgestellt werden?» fragte das Institut für Demoskopie im August und September/Okttober 1983 (u.a. für den »Stern«). Zwar gibt es hier auch mehr Nachrüstungsgegner als Befürworter, von einer absoluten Mehrheit an Nachrüstungsgegnern ist in dieser Umfrage jedoch nichts mehr zu erkennen. Daß die neuen Raketen nicht aufgestellt werden sollten, meinten im August 1983 nur 40% und im September/Okttober 46%<sup>10</sup>.

»Sehen Sie sich diese Frage an (und die anderen)«, meint der »Stern« dazu, »und überlegen Sie, wie Sie selbst darauf antworten würden: da ist keine Themenkombination, die in diese oder jene Richtung zu denken zwingt; keine Zusammenstellung von Alternativen, die zu dieser oder jener Entscheidung führt; keine Formulierung, die Meinung beeinflusst«. In der Tat, der aufmerksame Zeitungsleser wird befriedigt sein. Für die Umfrageforschung sieht es da schon anders aus. Da ist zum einen wieder der Gebrauch der eher technischen Terminologie (SS-20-Raketen, Pershing-II-Raketen, Marschflugkörper). Da ist zum anderen der relativ lange und komplexe Satzbau — er muß umso stärker wiegen, als es sich hier ja um einen den Befragten vorgelesenen Text handelt. Die Möglichkeit, sich in Ruhe die Frage noch einmal anzuschauen, existiert für ihn nicht. Und er wird, um sich keine Blöße zu geben, in der Regel auch nicht den Interviewer um nochmaliges Vorlesen bitten. Beides zusammen — Sprachgebrauch und Satzkomplexität — wird manchen Befragten eher verwirren als erhellen. Sobald aber ein verwirrender Stimulus auf den Befragten trifft, orientiert er sich erfahrungsgemäß an den ihm geläufigen Ausdrücken und letzten Sätzen. Dem Hinweis »wie es der NATO-Doppelbeschluß vorsieht« kommt daher dem Antwortmuster in diesem Zusammenhang eine gewisse Schlüsselwirkung zu: weil die NATO durchweg positiv assoziativ besetzt ist, wird eine Bejahung des Doppelbeschlusses begünstigt. Daß die durch diese Umfrage ausgewiesenen Werte für Nachrüstungsgegnerschaft zu gering sind, das wird indirekt inzwischen auch von Elisabeth Noelle-Neumann, der Leiterin des Instituts für Demoskopie, zugegeben. In einem neueren Interview schätzt sie die Zahl der Nachrüstungsgegner auf 50% bis 60%<sup>11</sup>.

Umfragen, die das Problem komplexen Satzbaus und der Fachsprache vermeiden, gibt es einerseits von Infratest für den SPD-Parteivorstand, andererseits von EMNID für das NDR Magazin »Panorama«<sup>12</sup>. »Wenn die Verhandlungen in Genf scheitern, sollen dann in der Bundesrepublik neue Mittelstreckenraketen aufgestellt werden oder sollten keine Mittelstreckenraketen aufgestellt werden?« Auf diese Infratest-Frage hin meinten 66%, die Raketen sollten nicht aufgestellt werden, 31% waren für eine Aufstellung, 3% machten keine Angabe. Auch bei dieser Umfrage ist — ähnlich wie bei der Forschungsgruppe Wahlen und SINUS — Meinungslosigkeit als legitime Kategorie dem Interviewer offenbar nicht vorgegeben.

Bereits am Anfang hatten wir im Zusammenhang mit der Diskussion von Fragen zum NATO-Doppelbeschluß auf die Folgen hingewiesen, die sich bei Vorgabe und Nichtvorgabe der Kategorie »Unentschieden« gegenüber dem *Befragten* ergibt. Gleiches gilt für die Vorgabe der Kategorien gegenüber dem *Interviewer*. Wo die Kategorie *explizit* als Antwortkategorien im Fragebogen aufgeführt ist, da ist der Interviewer auch eher ge-

neigt, Meinungslosigkeit als legitime Antwort zu akzeptieren. Wo aber Meinungslosigkeit als Kategorie nicht aufgeführt ist, da wird der Interviewer den Befragten so lange drängen, bis sich dieser zur Abgabe einer Meinung bereit findet — egal, ob sie nun tatsächlich seiner eigenen Einstellung entspricht oder nicht.

Diese Strategie kann sich sehr wohl auf gute Gründe berufen — entspricht auch der üblichen Praxis der Meinungsforschung, erscheint uns aber angesichts des Themas problematisch. Gerade sicherheitspolitische Themen finden in der Bevölkerung häufig wenig Interesse. Wer hier Befragte zur Abgabe einer Meinung drängt, muß für einen Teil der Befragten zwangsläufig künstliche Ergebnisse produzieren. Daß sich Befragte mit einer Meinung auch dann äußern, wenn sie selbst dazu genaugenommen noch gar keine Meinung haben, wird durch Akzeptanz von Meinungslosigkeit im Interview zwar nicht völlig verhindert, wohl aber reduziert. Deshalb erscheint es ratsam, zumindest überall dort Meinungslosigkeit im Interview zuzulassen, wo man aufgrund des Themas Meinungslosigkeit erwarten kann<sup>13</sup>.

Die EMNID-Umfrage für »Panorama« wählt einen anderen Weg als die übrigen Umfragen. In einem ersten Schritt geht es zunächst darum, Einblick in den Wissensstand zu bekommen. »Wie Sie vielleicht gehört haben, finden seit längerem in Genf Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion über Abrüstungsfragen statt. Wenn diese Verhandlungen zu keinem Erfolg führen, sollen neue atomare Mittelstreckenraketen in Westeuropa aufgestellt werden. Wissen Sie, wann — in welchem Jahr — diese Aufstellung beginnen soll?« 41% der Befragten nannten das Jahr 1983, weitere 21% 1984, 7% 1985 und später. 27% konnten keinerlei Angaben zum Stationierungstermin machen; lediglich 2% gaben spontan an, sie hätten von der geplanten Aufstellung noch nichts gehört. Bemerkenswert ist, wievielen Befragten der unmittelbare mögliche Stationierungsbeginn noch unklar, die mögliche Betroffenheit noch in die Ferne gerückt ist. Bemerkenswert ist auch, daß andererseits offenbar fast jeder schon einmal etwas von möglicher Stationierung gehört hat. Demnach wäre es unwahrscheinlich, daß Befragte in nennenswertem Maße erst durch die Frage zur Nachrüstung mit der Thematik konfrontiert werden — eine Befragung eigentlich gar keinen Sinn macht.

Nach dieser Frage mit dem Hinweis auf die Genfer Verhandlungen folgt direkt die Frage zur Nachrüstung: »Wenn die Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion erfolglos bleiben, sollen demnächst auch bei uns in der Bundesrepublik neue Atomraketen aufgestellt werden. Sind Sie für oder gegen diese Aufstellung neuer Raketen?« 61% sprachen sich daraufhin gegen die neuen Raketen aus, 14% dafür. Rund ein Viertel hat keine Meinung dazu, sei es aus Gleichgültigkeit (10%) oder Unentschlossenheit (14%). Personen, die sich als gleichgültig oder unentschlossen bezeichneten, wurde eine Nachfrage gestellt. Sie sollte den harten Kern der Meinungslosen und zugleich jene identifizieren, die zu der einen oder anderen Position gegenüber der Nachrüstung neigten. »Nehmen wir einmal an, Sie müßten sich entscheiden: sind Sie dann insgesamt eher für oder sind Sie eher gegen die Aufstellung neuer Atomraketen?« Zählt man die Befragten, die daraufhin eine Stellungnahme abgaben, zu den übrigen Befürwortern und Gegnern hinzu, so erhält man: Nachrüstungsgegner 66%, Befürworter 16%, Unentschlossene

18%. In der Zahl der Nachrüstungsgegner stimmt die Studie recht gut mit annähernd vergleichbaren Studien überein. Im Anteil der Nachrüstkungsbefürworter gibt es Unterschiede. So weist die Infratest-Studie immerhin 31% Befürworter aus (ähnlich auch Forschungsgruppe Wahlen, SINUS).

Die Ursache mag im Umgang mit den Meinungslosen liegen. In der EMNID-Umfrage befinden sich in der Kategorie der Meinungslosen tatsächlich Personen mit widersprüchlichen oder keinen sicherheitspolitischen Ansichten, welche für die Nachrüstungfrage relevant sind. Sie stehen zwischen den Befürwortern und den Gegnern der Nachrüstung, müßten also — so man sie zur Meinungsäußerung drängt — sich rein wahrscheinlichkeitstheoretisch zur Hälfte auf die Befürworter, zur anderen Hälfte auf die Gegner verteilen<sup>14</sup>. Doch an dieser Stelle mag nun ein Faktor gewichtig werden: die Tatsache, daß Personen mit widersprüchlichen Anschauungen bzw. ohne Meinung bei entsprechendem Druck geneigt sind, sich den offiziellen Positionen der Regierung anzuschließen. Zu einer Entscheidung gedrängt, bleibt ihnen als einzige Orientierung nur die offizielle Position (entweder durch die Formulierung verdeutlicht oder — wie in diesem Falle wohl — von vornherein bekannt). Dies muß zwangsläufig zu einer Begünstigung der Nachrüstungsposition führen und könnte den hohen Anteil von Befürwortern in den anderen Studien erklären<sup>15</sup>. Wo kein Druck auf die Meinungslosen ausgeübt wird — wie bei Infas — ergeben sich ähnliche Werte wie in der EMNID-Panorama-Umfrage (dort 14%).

#### 6. *Mehrheit für Nachrüstung nach dem Jumbo-Abschuß?*

##### *Die Umfrage des Verteidigungsministeriums*

Alle bisher aufgeführten Umfragen, die sich auf die Stationierung neuer Raketen und die Bundesrepublik als Stationierungsland beziehen, erbringen eine Mehrheit gegen neue Raketen. Je nach Umfrage und Formulierung ist es eine relative oder absolute Mehrheit. Um so mehr muß eine Umfrage Erstaunen hervorrufen, die vom Bundesverteidigungsministerium in Auftrag gegeben wurde, eine Woche nach der zitierten EMNID-Panorama-Umfrage über das gleiche Institut durchgeführt wurde und eine Mehrheit *für* neue Raketen erbrachte<sup>16</sup>.

Ist dieses Ergebnis Folge eines zwischenzeitlich eingetretenen aktuellen Ereignisses, ist es, wie das Verteidigungsministerium suggeriert, ein Meinungsumschwung nach dem Jumbo-Abschuß am 1. September? Für diese Annahme spricht wenig. *Alle* Umfragen, die seitdem durchgeführt wurden, erbringen nach wie vor eine Mehrheit *gegen* neue Raketen. Der zeitliche Abstand zwischen der EMNID-Umfrage für »Panorama« und der für das Verteidigungsministerium ist überdies zu kurz, als daß sich ein derart starker Einbruch im Meinungsklima hätte ereignen können. Die Gründe liegen woanders, und sie sind es wert, genauer aufgeführt zu werden. Handelt es sich doch hier um eine Umfrage, die den bislang massivsten Versuch politischer Einflußnahme auf die öffentliche Meinung repräsentiert und verschiedentlich in die politische Argumentation eingegangen ist.

Daß sich eine Mehrheit für eine Nachrüstung ausspricht, ist in diesem Fall Folge *mehrfach suggestiver* Formulierungen zugunsten der Nachrüstung: (1) Antwortmuster können durch vorangegangene Fragen beeinflußt werden, sofern ein bestimmter Bezugsrahmen nahegelegt wird. In der Diskussion der Ergebnisse dieser Umfrage wurde bislang völlig übersehen, daß eine nicht neutrale Frageformulierung zur militärischen Überlegenheit der Sowjetunion der Nachrüstungsfrage vorangestellt wurde. Kraft vorgegebener »Expertenmeinung« wird ein bestimmtes Bild der Wirklichkeit suggeriert, das den Befragten in eine bestimmte Antwortrichtung drängt. Die Möglichkeit, dieser Expertenmeinung zu widersprechen, ist überhaupt nicht gegeben: »Nach Ansicht zahlreicher Militärexperten ist die Sowjetunion in Europa gegenüber dem Westen an Panzern, Truppen und atomaren Mittelstreckenraketen überlegen. Sollte der Westen eine solche Überlegenheit der Sowjetunion hinnehmen — oder sollte er ein militärisches Gleichgewicht anstreben?« Angesichts dieser Frageformulierung ist es kein Wunder, wenn eine überaus große Mehrheit für ein Gleichgewicht plädiert. Und damit sind sie gewissermaßen in einer Logik gefangen, die durch die folgende Frage erst voll zur Geltung kommt. (2) Direkt an diese Frage anknüpfend folgt der Satz »Der Westen muß gegenüber der Sowjetunion stark genug bleiben. Deshalb ist es nötig, in Westeuropa moderne Atomwaffen aufzustellen, wenn die Sowjetunion ihre neuen Mittelstreckenraketen nicht abbaut.« Zwei Stimuli »Der Westen muß gegenüber der Sowjetunion stark bleiben« und »Deshalb ist es nötig..., neue Atomwaffen aufzustellen« werden in einer Aussage zusammengefaßt und machen es praktisch unmöglich, die Aussage eindeutig zu interpretieren. Viele stimmen dem ersten Stimulus (militärisches Gleichgewicht), nicht aber dem zweiten (Nachrüstung) zu. Dies um so mehr, als sie sich vorher ja für ein Gleichgewicht aussprachen. Hier dies nochmals zu tun, erscheint als einzig logische Konsequenz. (3) Die Antwortalternativen wurden nicht ausformuliert, sondern es wurde eine einseitig formulierte Aussage in Form eines sog. Statements vorgelegt. Erfahrungsgemäß gibt es bei derartigen Aussagen bei einem Teil der Befragten eine Bejahungstendenz, ungeachtet des Inhalts — in diesem Falle mußte sie zugunsten der Nachrüstung ausfallen<sup>17</sup>. (4) In der Umfrage des Verteidigungsministeriums wird auf eine Stationierung in West-Europa hin gefragt. Von einer Zustimmung hier auf eine Zustimmung zur Stationierung in der Bundesrepublik zu schließen — wie in der Pressemitteilung des Ministeriums geschehen —, ist unzulässig. Viele mögen eine Stationierung zwar gutheißen, möchten diese jedoch nicht in der Bundesrepublik vollzogen sehen. (5) In der Umfrage werden durch die Art der Antwortvorgaben für den Interviewer Meinungslose zur Angabe einer Meinung gedrängt. Meinungslose sind — empirischen Erfahrungen zufolge — überproportional stark anfällig gegenüber Suggestivformulierungen — in diesem Fall zugunsten der Nachrüstung.

Suggestivformulierungen gelten in der Umfrageforschung nur dann als legitimes Mittel, wenn mit ihrer Hilfe versucht wird, Widerstände — etwa bei der Erfassung tabuierter Verhaltensweisen — zu überwinden. Sie können nur dann eingesetzt werden, wenn dies *zusätzlich* zu anderen neutralen Fragen geschieht, um die Stabilität von Meinungsäuße-

rungen auszuloten. Allein eingesetzt führen sie in die Irre. Im vorliegenden Falle, bedingt durch Kombination verschiedener Stimuli in einer Frage (Gleichgewicht herstellen, nachrüsten), wird die Mehrdeutigkeit der Befunde schließlich sogar so groß, daß die Befunde praktisch wertlos sind. Die Umfrage, vom Verteidigungsministerium selbst konzipiert, ausformuliert und in Auftrag gegeben, verstößt gegen elementare Standards empirischer Sozialforschung — ob absichtlich oder aus Inkompetenz des Auftraggebers heraus, sei dahingestellt.

### *7. Nachrüstungsgegnerschaft und Handlungspotential*

Das Bild, das sich aus dem Überblick aus den Umfragen zur Nachrüstung ergibt, mag auf den ersten Blick verwirren. Zu unterschiedlich sind die Befunde sowohl über die Befürwortung als über die Gegnerschaft. Doch die Unterschiede, die zutage treten, machen vor dem Hintergrund der jeweiligen Fragekonstruktion Sinn. Die Einstellung gegenüber dem NATO-Doppelbeschluß in seinen *beiden* Teilen zu erfragen, ist eine andere Sache als die Erfassung von Einstellungen gegenüber einer Raketenstationierung. Die Einstellung gegenüber einem Stationierungsmoratorium zu erfassen, ist ebenfalls etwas anderes als die Erfassung der Einstellung gegenüber dem bisherigen Stationierungszeitplan. Und Meinungslosigkeit zuzulassen, muß notgedrungen auf das Gesamtergebnis andere Antwortverteilungen erbringen, als Meinungslosigkeit zu unterbinden.

Berücksichtigt man alle methodischen Einwände, so kommt man dennoch zu einem einigermaßen klaren Bild: die Zahl der Nachrüstungsgegner ist in der Mehrheit. Rund *zwei Drittel* sind gegen eine Stationierung gemäß Stationierungsfahrplan. Dies schließt allerdings bei einem Teil dieser Gruppe Teilstationierungen nicht notwendigerweise aus (wie die INFAS-Daten belegen), ebenso nicht Stationierung eventuell zu einem späteren Zeitpunkt. Entscheidend dafür wird es sein, welches Vertrauen dem Abrüstungswillen beider Supermächte eingeräumt wird. Gewinnen die Amerikaner an Vertrauen und die Sowjets erscheinen als die eigentlich Schuldigen für das Scheitern der Verhandlungen, so wird eine Stationierung für manchen möglicherweise nunmehr akzeptabler. Die Gegnerschaft ist mithin durchaus nicht derart prinzipiell gegen jegliche Art der Stationierung, wie es manche Beobachter aus den vielzitierten 75% Gegnerschaft herauszulesen glauben. Darauf verweist auch die Unterschiedlichkeit der Befunde je nach Umfrage. Daß geringfügige Variationen in den Frageformulierungen zu größeren Effekten auf die Antwortverteilung führen, ist ein wichtiges methodisches Faktum. Doch dessen Bedeutung selbst reicht darüber hinaus. Substantiell signalisiert es das Vorhandensein in sich noch nicht endgültig auskristallisierter Einstellungen. Man tut daher gut daran, die innere Festigkeit dieser Einstellungen nicht überzubewerten. An der Grundstimmung indes ändert sich wohl nichts.

In der Umfrageforschung wäre der beste Zugang zur Erfassung der Stabilität von Einstellung in einem derartigen Fall der Einsatz *mehrerer* Fragen mit jeweils unterschiedlichen Akzenten. In den bisherigen Untersuchungen zur Nachrüstung ist dies bislang

kaum geschehen<sup>18</sup>. Breite Unterstützung einer politischen Position und deren Bewertung sind zwei verschiedene Dinge. Um ihre subjektive Bedeutsamkeit für den Befragten zu erfassen, reichen die Befunde über die Einstellung zur Nachrüstung nicht aus. Manche Themen, zu denen man eine eigene Einstellung entwickelt hat, sind zu peripher und irrelevant, als daß man daraufhin auch Einstellungen in Handlung umzusetzen versucht. Wie sieht es also mit der Nachrüstungsthematik aus? Wäre sie so bedeutsam, wie häufig unterstellt, so müßte sie doch — so immer wieder der Kommentar — zu entsprechendem Wahlverhalten geführt haben<sup>19</sup>. Die Umfragen, welche die Einstellung der Bevölkerung zur Nachrüstung erheben, haben die subjektive Bedeutsamkeit dieser Thematik erstaunlicherweise bislang nicht erhoben. Informationen dazu lassen sich ansatzweise anderen Untersuchungen entnehmen. Und hier zeigt es sich nun, daß die Nachrüstungsthematik anscheinend relativ hoch in der Skala politischer Prioritäten angesiedelt ist, wenn auch übertroffen von anderen Themen sozialer und wirtschaftlicher Art. Auf die Frage, welche politischen Probleme vorrangig sind, hielten (anhand einer Liste) im April/Mai 1983 die Befragten die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, Rentensicherung, Wirtschaftsaufschwung, Inflation und Ausbildungsplätze für Jugendliche zu mehr als 75% besonders wichtig, gefolgt vom Umweltschutz, der Bekämpfung staatlicher Verschuldung und »dafür sorgen, daß mit Abrüstung in Ost und West ernst gemacht wird« (70%). Die Sicherung vor einem militärischen Überfall aus dem Osten hielten weitaus weniger für besonders wichtig (48%), ebenso »Stärkung des Militärbündnisses mit dem Westen« (34%). Für das Thema »Sicherheit durch Nachrüstung«, so Noelle-Neumann in einem Kommentar, ist die Bevölkerung eher »schwerhörig«<sup>20</sup>. Fragen wirtschaftlicher und sozialer Sicherheit überwiegen in ihrer subjektiven Bedeutsamkeit, und dies — verbunden mit der Parteiorientierung gegenüber der Nachrüstung — erklärt auch, warum die Wahl Anfang 1983 nicht zu Lasten der Raketenbefürworter ausfiel. Zum einen waren die beherrschenden Themen Arbeitsplätze und wirtschaftlicher Aufschwung und nicht Frieden und Nachrüstung. Zum anderen war die Chance, die eigene Orientierung gegenüber der Raketenfrage in ein entsprechendes Wahlverhalten umzusetzen, noch garnicht richtig gegeben. Die Umsetzung in ein entsprechendes Wahlverhalten setzt die Existenz von Parteien mit unterschiedlicher Position in dieser Frage voraus. Die offizielle Abkehr von der Nachrüstung war auf seiten der SPD zu dieser Zeit noch nicht vollzogen. Helmut Schmidt galt immerhin als Vater des NATO-Doppelbeschlusses, und noch bei den Bonner Großdemonstrationen 1981 hatte die SPD ihren Mitgliedern bei Teilnahme an den Bonner Friedensdemonstrationen den Ausschluß angedroht. Neue Positionen — besonders wenn sie sich schleichend entwickeln — dürften kaum prägnante Unterschiede in der Wahrnehmung der verschiedenen Parteien bewirken. Die Voraussetzung, Einstellung in rationales Wahlverhalten umzusetzen, ist nicht gegeben<sup>21</sup>.

Seit Verkündung des NATO-Doppelbeschlusses scheint sich die subjektive Bedeutsamkeit der Abrüstungsfrage langfristig erhöht zu haben. Daß die Bundesregierung mehr für den Frieden tun müßte, meinten im Oktober 1976 37% der Bundesbürger, im Okto-

ber 1980 schon 56%, im März 1983 67% und im Oktober 1983 68%. Parallel dazu nehmen immer mehr eine Gefährdung der eigenen Sicherheit durch die neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen auf deutschem Boden wahr. Die Ausweitung der Proteste innerhalb der letzten Jahre scheint somit in gewissem Umfang auch Folge eines wachsenden Sympathiepotentials für Nachrüstungsgegnerschaft und nicht bloß eine bessere Ausschöpfung des Aktivistenpotentials<sup>22</sup>.

Wachsende Gegnerschaft und wachsende subjektive Bedeutsamkeit der Thematik sind angetan, die Protestbereitschaft auszuweiten. Aber Nachrüstungsgegnerschaft ist nicht mit Protestbereitschaft gleichzusetzen — wie vielfach geschehen. Ebensovienig wie die Bereitschaft zum Protest in der Bevölkerung etwas über die Verbreitung von Nachrüstungsgegnerschaft aussagt, ebensovienig sagt die Verbreitung der Nachrüstungsgegnerschaft etwas über die Akzeptanz verschiedener Protestformen aus<sup>23</sup>. Wer gegen die Nachrüstung eingestellt ist, billigt nicht notwendigerweise Protest und schon gar nicht alle gewählten Aktionen. Hier werden sehr wohl Unterschiede gemacht: die legalen Protestformen werden unter den Nachrüstungsgegnern am ehesten und von einer Mehrheit gebilligt, die illegalen — Blockaden wie nicht genehmigte Demonstrationen — nur von Minderheiten.

Entsprechend abgestuft — wenn auch auf noch niedrigerem Niveau — verläuft auch die Bereitschaft zur Teilnahme. In der »EMNID-Panorama«-Umfrage (August/September 1983<sup>24</sup>) erklärten auf entsprechendes Fragen 44% der Nachrüstungsgegner, sie würden »ziemlich sicher« sich an einer Unterschriftenliste gegen die Nachrüstung beteiligen; weitere 31% »unter Umständen« und 21% unter »keinen Umständen«. Die Bereitschaft, per Unterschrift seinen Widerspruch zum NATO-Nachrüstungsbeschluß zu dokumentieren, ist mithin geringer als die Zahl der Nachrüstungsgegner in der Bevölkerung. An einer genehmigten Demonstration würden der gleichen Umfrage zufolge (bei entsprechender Gelegenheit) 14% »ziemlich sicher« teilnehmen, weitere 29% »unter Umständen«, 51% »unter keinen Umständen«.

Daß es so wenige der Nachrüstungsgegner sind, die auch zur Demonstration ihrer Ansichten bereit sind, mag die unterschiedlichsten Gründe haben — von der Ambivalenz der Einstellung gegenüber der Nachrüstung, der ihr zugewiesenen subjektiven Bedeutsamkeit, bis hin zur mangelnden Billigung der Protestform, Glauben an deren Wirkungslosigkeit und anderes. Relativ sind es zwar wenige, absolut auf die Gesamtbevölkerung bezogen ist es dennoch ein durchaus nennenswertes Potential — ein Potential freilich, das ebenso Schwankungen unterliegen kann wie die Nachrüstungsgegnerschaft selbst, sollten sich die Rahmenbedingungen ändern.

<sup>1</sup> Inzwischen gibt es seitens verschiedener Regierungspolitiker auch die explizite Aussage, man würde die Nachrüstung auch gegen die »demoskopische Mehrheit« der Bevölkerung durchziehen, vgl. z.B. H. Geißler (DIE WELT, 30. 8. 83, S. 2). Zur Wahrnehmung der Mehrheitsverhältnisse für und gegen die Nachrüstung in der Öffentlichkeit vgl. auch E. Noelle-Neumann: Drei Viertel gegen die Raketenstationierung?, in: FAZ vom 16. September 1983, S. 11.

- <sup>2</sup> Vgl. zur Medienrezeption u.a. DIE WELT vom 29.9.1983, S. 2, FAZ vom 29.9.83, S. 6, Kölner Stadt-Anzeiger vom 1./2.10.83. Ein unzureichender Versuch, die Unterschiedlichkeit der Befunde zu erklären im SPIEGEL Nr. 40 vom 3.10.1983: »EMNID gegen EMNID«.
- <sup>3</sup> Vgl. die ältere, aber noch immer klassische Diskussion bei H. Cantril und D. Rugg: Die Formulierung von Fragen, in: R. König, Hg., Das Interview, Köln und Berlin, 4. Aufl. 1965, S. 86-114. Die neueste systematische Analyse findet sich bei H. Schuman und S. Presser: Questions and answers in attitude surveys. New York 1982. Vgl. auch S. Schuman und N.M. Bradburn: Asking questions. San Francisco 1982, und im Zusammenhang mit der Frage militär/sicherheitspolitischer Fragen: M.I. Rosenberg, S. Verba und P. Converse: Vietnam and the silent majority. The dove's guide. New York 1970; J.E. Mueller: War, presidents and public opinion. New York 1973.
- <sup>4</sup> E.K. Scheuch: Das Interview in der Sozialforschung, in: R. König, Hg., Handbuch der empirischen Sozialforschung. Band 2, 1. Teil, Stuttgart 1973, S. 1-190.
- <sup>5</sup> Betroffen sind durch die unterschiedliche Vorgabe von Meinungslosigkeit im Interview im wesentlichen die Nachrüstsungsbefürworter: 50% vs. 36%, bei den Gegnern sind die Werte zu diesem Zeitpunkt praktisch gleich (22% vs. 21%). Zu den Zahlen des SPIEGEL vgl. J. Leinemann: Die Angst der Deutschen. Reinbek 1982, S. 161, zu den Zahlen des Instituts für Demoskopie: E. Noelle-Neumann: Are the Germans »collapsing« or »standing firm«? What the public-opinion poll report on changing attitudes, in: Encounter, Nr. 2, Februar 1982, S. 81.
- <sup>6</sup> E. Noelle-Neumann: The Germans. Public opinion polls. Westport, Conn. 1981, S. 437.
- <sup>7</sup> Newsweek, Januar 1983, S. 9. Die deutsche Formulierung, die von der in Newsweek abgedruckten abweicht, wurde vom EMNID Institut mitgeteilt.
- <sup>8</sup> Die neueste Übersicht findet sich in DIE ZEIT vom 7.10.83, S. 3. Die im folgenden ebenfalls zitierte SINUS-Studie ist über die Friedrich-Ebert-Stiftung erhältlich. Vgl. SINUS: Sicherheitspolitik, Bündnispolitik und Friedensbewegung. Eine Untersuchung zur aktuellen politischen Stimmungslage im Spätherbst 1983. München 1983.
- <sup>9</sup> Über die hier aufgeführten Zahlen wurde in der ARD-Sendung »Berichte aus Bonn« am 18.11.83 berichtet. Ältere infas-Zahlen in DIE ZEIT vom 7.10.83, S. 3.
- <sup>10</sup> DER STERN vom 20.10.83, S. 70ff.
- <sup>11</sup> Zum Interview mit Noelle-Neumann vgl. die Zeitschrift QUICK Nr. 47 vom 17.11.1983, S. 42.
- <sup>12</sup> Zur Infratest-Umfrage vgl. DIE ZEIT vom 7.10.83, S. 3. zur EMNID-Umfrage für PANORAMA vgl. auch K.H. Reuband: Issueorientierung und Nachrüstungsprotest, in: M.T. Greven, Hg., Politische Willensbildung und Interessenvermittlung. Opladen 1984 (im Druck).
- <sup>13</sup> Zum Problem der Meinungslosigkeit im Interview vgl. I. Leverkus-Brüning: Die Meinungslosen. Berlin 1966, H. Schuman und S. Presser: Question and answers in attitude surveys. New York 1982.
- <sup>14</sup> Vgl. zur Struktur der Kerngruppe unter den Meinungslosen K.H. Reuband: Issueorientierung und Nachrüstungsprotest, in: M.Th. Greven, Hg., Politische Willensbildung und Interessenvermittlung. Opladen 1983 (im Druck).
- <sup>15</sup> Zur Bedeutung offizieller Positionen vgl. u.a. die in Anmerkung (3) genannten Arbeiten von Cantril/Rugg und Mueller. Der Effekt wird dort aus entsprechenden Variationen in den Formulierungen her erschlossen. Im vorliegenden Falle dürfte die offizielle Regierungsposition weithin bekannt sein und vermutlich auch ohne explizite Nennung zur Geltung kommen.
- <sup>16</sup> Vgl. Der Bundesminister für Verteidigung: Mitteilungen an die Presse. »Meinungsumschwung nach dem Jumbo-Abschuss«. Bonn 27.9.83. In einer Pressekonferenz wurde später vom Verteidigungsministerium behauptet, die eigene Umfrage würde etwas über die Bereitschaft zur Stationierung in der Bundesrepublik aussagen. Vgl. FAZ vom 29.9.83, S. 6, DIE WELT vom 29.9.83, S. 2.
- <sup>17</sup> Statements mit anderer Ausrichtung sind deshalb ebenso problematisch. Etwa Statements, die generell eine Stationierung amerikanischer Raketen in der Bundesrepublik ablehnen (so bei DIE BUNTE Nr. 38 vom 15.9.83, S. 184).
- <sup>18</sup> Zu den wenigen Ansätzen in diese Richtung siehe M. Berger, W.C. Gibowski, D. Roth: Zwei Drittel gegen neue Raketen. Die Bundesbürger und die Nachrüstung: ein schwankendes Bild im Spiegel der Demoskopie, in DIE ZEIT, Nr. 41 vom 7.10.83, S. 3. Entsprechende Ansätze gibt es offenbar auch beim Institut für Demoskopie, eine entsprechende Veröffentlichung indes fehlt. Vgl. den Hinweis bei K. Adler und D. Wertham: Is Nato in trouble? A survey of European attitudes, in: Public Opinion, August/September 1981, S. 50. Zur Demonstrationsbereitschaft gegen die Nachrüstung unter variierenden Fragekonstellationen vgl. auch E. Noelle-Neumann: Are the Germans »collapsing« or »standing firm«? What public opinion polls report on changing attitudes, in: Encounter, Nr. 2, Februar 1982, S. 80.
- <sup>19</sup> So etwa noch jüngst in einem Kommentar von P. Hefty in der FAZ vom 19.11.83, S. 1.
- <sup>20</sup> E. Noelle-Neumann: Die Zuversicht der Deutschen wächst, in: CAPITAL, August 1983, S. 124.
- <sup>21</sup> In dem Maße, wie sich die offizielle SPD-Position gegenüber der Nachrüstung wandelt, in dem Maße wird die eigene Einstellung zur Nachrüstung in entsprechendes Wahlverhalten transformierbar. In diesem Zusammenhang ist so denn interessant, daß im Herbst 1971 noch keine Beziehung zwischen Einstellung zur Nachrüstung und Wahlabsicht (auf der Ebene CDU, SPD, FDP) existierte, im Jahre 1983 dagegen Beziehungen sich andeuten — SPD-Wähler neigen nunmehr eher zur Ablehnung der Nachrüstung als CDU-Wähler, vgl. DER SPIEGEL Nr. 6, 1983, S. 90, DER SPIEGEL Nr. 35, August 1983, S. 28.
- <sup>22</sup> Daß die Bundesregierung mehr für den Frieden tun sollte, wurde wiederholt von infas erfragt. Die hier zitierten Zahlen stammen aus der ARD-Sendung »Berichte aus Bonn« vom 18.10.83. Zur Wahrnehmung von Bedrohung vgl. vor allem die SINUS-Studie.
- <sup>23</sup> Zur falschen Gleichsetzung von Protestbereitschaft und Nachrüstungsgegnerschaft siehe z.B. den Beitrag von Theo Sommer: Wenn Widerstand zur Lösung wird, in: DIE ZEIT Nr. 24 vom 10.6.83, S. 1. Die umgekehrte Gleichsetzung findet sich in manchen Kreisen der Friedensbewegung, auch in manchen Leserbriefen an die TAGESZEITUNG (FAZ) wieder.

- <sup>24</sup> Vgl. K.H. Reuband: Issueorientierung und Nachrüstungsprotest, in: M.Th. Greven, Hg., Politische Willensbildung und Interessenvermittlung. Opladen 1984 (im Druck). Zur unterschiedlichen Protestbereitschaft und Wahrnehmung der Friedensbewegung je nach Parteihängerschaft vgl. auch K.H. Reuband und P. Uttitz: Wer hat die Mehrheit? Nachrüstung und Friedensbewegung in der öffentlichen Meinung, in: Die neue Gesellschaft (im Druck), K.H. Reuband und P. Uttitz: Protest gegen Raketen — die Nachrüstungsgegner und ihre Demonstrationsbereitschaft, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 34, Nr. 11, 1983, S. 736–740.

*Anhang: Übersicht über Frageformulierungen und Antwortverteilungen*

»Aufgeführt sind die Frageformulierungen und Umfrageergebnisse der vor Stationierungsbeginn zuletzt publizierten Untersuchungen aus dem Jahre 1983«:

*1. Einstellung zum NATO-Doppelbeschuß*

»Die NATO hat einerseits beschlossen, ab 1983 amerikanische Mittelstreckenraketen in West-Europa aufzustellen, andererseits aber auch der Sowjetunion Verhandlungen vorgeschlagen mit dem Ziel, bei einer Einigung über Abrüstung auf die Aufstellung dieser Raketen ganz oder teilweise zu verzichten. Was ist ihre Meinung zu diesem Beschluß?« (Antwortkategorien auf Liste vorgegeben) »Bin für den NATO-Doppelbeschuß« 28%, »Bin dagegen« 34%, »Ist mir gleichgültig« 11%, »Habe noch keine Meinung gebildet« 24%. Erhebung Ende Juli/Anfang August 1983, EMNID für den SPIEGEL, vgl. DER SPIEGEL Nr. 35, 1983, S. 28/29, frühere Zahlen in: DER SPIEGEL Nr. 6, 1983, S. 90.

»Seit einiger Zeit gibt es den sogenannten NATO-Doppelbeschuß. Darin haben die NATO-Länder einerseits vereinbart, als Gegengewicht zu den sowjetischen Mittelstreckenraketen selbst entsprechende Raketen in Mitteleuropa zu stationieren und andererseits mit der Sowjetunion Verhandlungen über den Abbau der Rüstung zu beginnen. Finden Sie diesen Doppelbeschuß alles in allem gut oder nicht gut?«

Gut: 49%, nicht gut: 23%, unentschieden: 28%. Erhebung: August 1983, Institut für Demoskopie Allensbach für die FAZ, vgl. E. Noelle-Neumann: Drei Viertel gegen die Raketenstationierung?, in: FAZ vom 16. September 1983, S. 11, dort auch frühere Zahlen.

*2. Einstellung zur Nachrüstung in Europa*

»Wenn sich die USA und die Sowjetunion nicht bis Ende 1983 auf eine Begrenzung von Atomwaffen einigen können: Sollte die NATO dann bei ihrem Plan bleiben, Pershing-II-Raketen und Cruise Missiles aufzustellen?«

Ja: 37%, nein: 35%, weiß nicht: 28%. Erhebung Januar 1983, EMNID für Gallup International/Newsweek, vgl. NEWSWEEK Nr. 5, Januar 1983, S. 9.

*3. Einstellung zur Nachrüstung in der Bundesrepublik: Verhandeln und nachrüsten?*

»In Genf führen die Sowjetunion und die USA derzeit Abrüstungsverhandlungen über Mittelstreckenraketen. Wenn diese Verhandlungen bis zum Herbst zu keiner Einigung führen, was soll dann geschehen?« (Antwortkategorien auf Liste vorgegeben)

»Weiter über Abrüstung verhandeln und keine neuen Raketen in der Bundesrepublik aufstellen« 65%, »Weiter über Abrüstung verhandeln, aber gleichzeitig neue Raketen in der Bundesrepublik aufstellen« 31%, »Abrüstungsverhandlungen abbrechen und neue Raketen in der Bundesrepublik aufstellen« 3% (keine Angabe ca. 1%). Erhebung: September 1983, Forschungsgruppe Wahlen, vgl. DIE ZEIT, Nr. 41 vom 7. Oktober 1983, dort auch frühere Zahlen.

»Einmal angenommen, die Genfer Verhandlungen der Amerikaner und Russen führen bis zum Herbst noch zu keiner Einigung. Was sollte dann geschehen?« (Antwortkategorien auf Liste vorgegeben)

»Die Amerikaner und Russen sollten weiter verhandeln, und die Bundesregierung sollte von den Amerikanern verlangen, daß sie ihre neuen Raketen noch nicht bei uns aufstellen« 74%, »Die Amerikaner sollten weiter mit den Russen verhandeln, aber gleichzeitig sollten die neuen Raketen bei uns aufgestellt werden« 22%, »Die Amerikaner sollten die Verhandlungen abbrechen und die neuen Raketen in der Bundesrepublik aufstellen« 3% (keine Angabe ca. 1%). Erhebung: August/September 1983, SINUS für Friedrich-Ebert-Stiftung, vgl. SINUS: Sicherheitspolitik, Bündnispolitik, Friedensbewegung. Eine Untersuchung zur aktuellen Stimmungslage im Spätherbst 1983. München 1983 (Hg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung), S. 47.

»Angenommen, die beiden Großmächte USA und UdSSR einigen sich in Genf bis zum Herbst nicht über die Mittelstreckenraketen. Wie sollte Ihrer Meinung nach dann weiter verfahren werden?« (Antwortkategorien auf Liste vorgegeben).

»Es sollten dann in der Bundesrepublik — wie im NATO-Doppelbeschuß vorgesehen — neue Mittelstreckenraketen stationiert werden« 14%, »Es sollte eine Teilstationierung erfolgen, aber trotzdem in Genf weiterverhandelt werden« 15%, »Es sollte vorläufig nicht stationiert werden und in Genf weiterverhandelt werden« 29%, »Es sollte ganz auf die Stationierung neuer Raketen in der Bundesrepublik verzichtet werden: 29% (keine Angabe 13%). Erhebung: Oktober/November 1983, INFAS für ARD, vgl. ARD-Bericht aus Bonn vom 18. November 1983, frühere Zahlen in: DIE ZEIT Nr. 41 vom 7. Oktober 1983, S. 3.

*4. Einstellung zur Nachrüstung in der Bundesrepublik: Stationieren oder Nichtstationieren?*

»Wenn es in Genf zu keiner Einigung kommt und die Sowjetunion ihre SS-20-Raketen auf Europa gerichtet stehen läßt: sollen dann in der Bundesrepublik die neuen Pershing-II-Raketen und Marschflugkörper aufgestellt werden, wie es der NATO-Doppelbeschluß vorsieht, oder sollen sie nach Ihrer Ansicht nicht aufgestellt werden?«

»Sollte aufgestellt werden« 31%, »Sollte nicht aufgestellt werden« 46%, Unentschieden 23%. Erhebung: September/Oktober 1983, Institut für Demoskopie für den STERN, vgl. DER STERN Nr. 43 vom 20.10.1983, S. 72, dort auch frühere Zahlen.

»Wenn die Verhandlungen in Genf scheitern, sollen dann in der Bundesrepublik neue Mittelstreckenraketen aufgestellt werden oder sollten keine Mittelstreckenraketen aufgestellt werden?«

»Sollte aufgestellt werden« 31%, »Sollte nicht aufgestellt werden« 66%, (keine Angabe 3%). Erhebung: Infratest für SPD-Parteivorstand, vgl. DIE ZEIT Nr. 41 vom 7. Oktober 1983, S. 3.

(Nach einer Vorfrage zu den Genfer Verhandlungen, vgl. Text): »Wenn die Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion erfolglos bleiben, sollen demnächst auch bei uns in der Bundesrepublik neue Atomraketen aufgestellt werden. Sind Sie für oder gegen diese Aufstellung neuer Raketen?«

Dafür 14%, dagegen 61%, gleichgültig 10%, noch unentschlossen 14%, keine Angabe 1%. Nach Nachfrage bei Unentschlossenen/Gleichgültigen: dafür 16%, dagegen 66%, unentschlossen 18%. Erhebung: August/September 1983, EMNID Institut für NDR (Panorama).

*5. Mehrheit für die Nachrüstung nach dem Jumbo-Abschuß? Die Umfrage des Verteidigungsministeriums*

(Als Vorfrage:) »Nach Ansicht zahlreicher Militärexperten ist die Sowjetunion in Europa gegenüber dem Westen an Panzern, Truppen und atomaren Mittelstreckenraketen überlegen. Sollte der Westen eine solche Überlegenheit des Ostens hinnehmen — oder sollte er ein militärisches Gleichgewicht anstreben?«

»Westen sollte Überlegenheit der Sowjetunion hinnehmen« 20%, »Westen sollte für militärisches Gleichgewicht sorgen« 77%, keine Angabe 2%.

»Ich lese Ihnen jetzt einige Behauptungen vor, und Sie sagen mir dann bitte jedesmal dazu, ob Sie dieser Aussage zustimmen oder eher nicht zustimmen: Der Westen muß gegenüber der Sowjetunion stark genug bleiben. Deshalb ist es nötig, in Westeuropa moderne Atomwaffen aufzustellen, wenn die Sowjetunion ihre neuen Mittelstreckenraketen nicht abbaut.«

»Stimme eher zu« 58%, »Stimme eher nicht zu« 39%, keine Angabe 3%. Erhebung: September 1983, EMNID für Bundesverteidigungsministerium, vgl. Der Bundesminister der Verteidigung: Mitteilungen an die Presse — Meinungsumschwung nach dem Jumbo-Anschuß. Bonn, 27. September 1983.